

Nationalrat hat Ökostromgesetz beschlossen

8.7.2008 | DiePresse.com

21 Millionen im Jahr sollen für neue Ökostromanlagen zur Verfügung stehen. Es war dies der zweite Versuch, die Gesetzesnovelle durch den Nationalrat zu bringen. Anfang Juni war ein Antrag in letzter Minute gescheitert.

Der Nationalrat hat am Dienstag neue Regeln für die Förderung von Wind-, Sonnen- und Kleinwasserkraftwerken beschlossen. Ein erster Versuch, das neue Ökostromgesetz durchs Parlament zu bringen, war Anfang Juni wegen eines in letzter Minute eingebrachten Abänderungsantrags gescheitert. Nun stimmten SPÖ und ÖVP für die Novelle. Die Opposition blieb bei ihrer Kritik und lehnte das Gesetz ab.

Laut der Novelle sollen jährlich 21 Mio. Euro für neue Ökostromanlagen zur Verfügung stehen, vier Mio. Euro mehr als bisher. Die Laufzeit der den Herstellern garantierten Einspeisetarife wird von 11,25 auf bis zu 20 Jahre angehoben. Bezahlt wird das von Haushalten, Wirtschaft und Industrie über einen Zuschlag zur Stromrechnung. Gefördert werden u.a. Solar-, Wind- und Kleinwasserkraftwerke sowie die Stromerzeugung aus der Ablauge der Papierindustrie. Die Zusatzkosten für den durchschnittlichen Haushalt steigen durch die Novelle von 35 auf bis zu 48 Euro pro Jahr.

Die Grünen kritisierten unter anderem, dass die garantierten Tarife im Regelfall nur für 13 oder 15 Jahre ausbezahlt werden und forderten eine generelle Laufzeit von 20 Jahren. "Wir stehen vor einem großen Scherbenhaufen in der Energiepolitik", sagte Grünen-Energiesprecherin Ruperta Lichtenecker. VP-Energiesprecher Karlheinz Kopf lehnte die Forderung der Grünen ab und argumentierte, dass eine höhere Laufzeit auch eine höhere Belastung des Mittelstandes bedeuten würde, der die Ökostromförderung ja über die Zuschläge zum Tarif zahlen müsse.

FP-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl kritisierte die Förderung von Kraftwärmekopplungs-Anlagen: "Hochprofitable Anlagen überhaupt zu fördern, ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Bei Geothermie, Windkraft, Wasserkraft wäre wesentlich mehr zu tun." Veit Schalle vom BZÖ kritisierte, dass das Ökostromgesetz eine Belastung für die Bevölkerung bedeute. Die im Gesetz vorgesehene Unterstützung von Stromerzeugung aus Biomasse sieht er als reine Förderung der Landwirtschaft.

Verteidigt wurde das Gesetz von SP-Energiesprecher Hannes Bauer, der die erzielten CO₂-Einsparungen hervorstrich. Ökostromgesetz, Fernwärmeförderung und die geplante Hebung der Energieeffizienz werde insgesamt zehn Mio. Tonnen CO₂ einsparen helfen. "Das ist ein guter Anfang." Der zuständige Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (V) erwartet durch die höhere Förderung u.a. eine Verfünffachung der Photovoltaik-Anlagen.

(APA)